Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 4 (1924-1925)

Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der die ganze bisherige Literaturwissenschaft kennzeichnet. Auch sind sie entschuldigt genug durch unser eigenes Verhalten. Wer sein Eigenstes nicht schätt, darf nicht erwarten, es von andern hochgeschätt zu sinden. Wem die eigene Sprache, in der er spricht und denkt und fühlt, nur zum Alltagsgeschwäß, zu Späßchen und Kinderverschen gut genug scheint; wer keine schöpferischen Kräfte in seiner Mundart verspürt und echte Poesie an die literarische Bildungssprache gebunden glaubt, der wird auch nicht für die mundartliche Dichtung eintreten und sie gegen das allgemeine Bildungsvorurteil in Schutz nehmen können.

Dieses Verhalten ist mit daran schuld, daß unsere Mundartdichtung sich selbst überlassen auswuchert, daß kritikscheue Talente sich in dieser Wildnis einnisten und weder Stüße noch Schere, d. h. weder Fördes

rung noch Zurechtweisung zu fühlen bekommen.

Eine Literaturwissenschaft, die sich ihres Zusammenhangs mit der Bolkskunde bewußt wäre; eine Literaturgeschichte, die sich das Geistessleben im Bort der ganzen Ration, nicht nur der akademischen Bilbungsschicht zu ihrem Gegenstande machte; eine literarische Kritik endlich, die das mundartliche Schriftwerk, komme es nun von einem Jakob Burckshardt oder vom Kaminfeger Jakob Hartmann in Schafshausen, mit gleichem Ernst und gleicher Strenge wie irgend ein russisches, schwedisches oder französisches Sensationsbuch behandelte — sie alle drei wären berusen, unserer Mundartdichtung höhere Ziele zu stecken. Allein sie müßten ihren Dienst am Wort nicht als eine literarische Angelegenheit für Fachleute, sondern als eine Aufgabe zur Pflege der geistigen Wohlfahrt unseres ganzen Volkes zu erfassen imstande sein. Bis dahin ist noch ein weiter Weg!

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Entspannung unserer außenpolitischen Lage. — Bölkerbundsfragen. — Hoffnungen im Zonenkonflikt. — "Erledigung" der Tessiner Zwischenfälle. — Wiederausbau unseres Wehrwesens. — Beteiligung der Sozialisten am Bundesrat. — Eine Besrichtigung zur Pariser Schriftstellerreise.

Vergleichen wir unsere augenblickliche außenpolitische Lage mit derjenigen vor einem Jahr, so können wir zweifellos eine nicht unwesentsliche Entspannung feststellen. Damals tobte unentwegt der Kampf an Rhein und Ruhr, den die deutsche Bevölkerung mit ungleicher Waffe gegen den französischen Eindringling führte, Frankreich zwar wirtschaftlich schweren Schaden zusügend, aber in seinem Ausgang doch nicht zweifelhaft, wenn nicht der passive Widerstand schließlich in bewaffneten Aufruhr ausschlagen sollte; und auch dann aussichtslos, denn Frankreich stand gerüstet gegen jede Eventualität; auch am Oberrhein waren die Ausfallstore, von denen aus seine Truppen in wenig Tagen den verbündeten Tschechen die Hand reichen konnten, Offenburg und Mannheim, in seinem Besit. In Italien begann sich der Faszismus, der das Erbe der Fredenta und deren großitalienisches Programm übernommen hatte, zusehends zu festigen; seine Organisationen überschritten die eigenen Landesgrenzen und

setten sich in den benachbarten Gebieten, u. a. auch im Tessin fest; er war bereit, die Bunft der Berhältniffe, d. h. die allgemeine europäische Berwirrung, bie Machtlosigkeit Deutschlands, die Ginfluglosigkeit Englands auf dem Rontinent auszunüten und im gegebenen Augenblid an die Berwirklichung jeines Pro-

grammes heranzutreten.

Auf den Herbst hin spisten sich die Berhältnisse zu; aber gleichzeitig reiste die Entscheidung und mit ihr der Anfang zur Wendung heran. Im Tessin löste ein Zwischenfall den andern ab. Die Ermordung einer italienischen Delegation in Albanien diente Mussolini als Borwand zur Besitzergreisung des Schlüssels zum adriatischen Meer, der griechischen Insel Korfu. Aber hier zeigte sich, daß Italien die Macht Englands, das zwar wohl dem Kampf am Rhein mit verschränkten Armen zusah, aber über die strategischen Verbindungen mit seinem indischen Keich eisersüchtig wachte, unterschäft hatte; England legte sein Beto ein, und das isolierte Italien, das an seinen Grenzen wohl ringsum sein Beto ein, und das isolierte Italien, das an seinen Grenzen wohl ringsum mißtrauische Feinde, aber keine zuverlässigen Freunde besaß, mußte den Rückzug antreten. Im besetzten Gebiet glaubte der von Frankreich ausgehaltene Sesparatismus seine Stunde gekommen, das linke Kheinuser mit Einschluß des Ruhrgebietes aus dem Verband des deutschen Reiches lösen und zum Puffers staat unter frangofischem Protektorat machen zu konnen. Das nicht besetzte Deutschland, ganglich erschöpft durch die Aushaltung des Rampfes um den Rhein, stand vor dem Zusammenbruch seiner Währung und damit vor dem wirtschaftlichen Chaos. Frankreich sah sich vor der Erfüllung jahrhundertealter Machtziele; schon glaubte es auch dem kleinen Nachbarn gegenüber die lette Rücksicht fallen laffen zu können; am 10. Oktober erfolgte die Ankundigung der gewalt= samen Aufhebung der Genfer Freizonen, am 10. November die Aufhebung selbst ...

Unterdeffen aber nahm der Rampf am Rhein eine unerwartete Wendung. Das Reich brach den passiven Widerstand ab und stellte in kurzer Zeit eine stabile Bahrung her, die das Land vor dem schlimmsten bewahrte. völkerung des besetzten Gebietes, trot schwerster breivierteljähriger Drangsalie-rung und trothem sie sich durch die Aufgabe des passiven Widerstandes sich selbst überlassen sah, brach nicht nur nicht zusammen, sondern rückte in offenen, blutigen Aufständen dem französischen Söldnergesindel der Separatisten auf ben Leib, so daß diese in wenigen Wochen aus dem Lande verschwanden. Frantreich blieb zwar nach wie vor fest im militärischen Besitz von Khein und Ruhr. Aber es hatte den zweiten Hauptabschnit! im Rampf um beren politischen Dauerbesitz ebenfalls verloren (der erste Hauptabschnitt war das Ringen zwischen

Llond George und Clemenceau in Berjailles gewesen).

Die wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Kampfes ließen in den nächsten Monaten nicht auf sich warten; der französische Franken sank von Tag zu Tag tiefer; das "Ruhrpfand" war nie in dem Mage produktiv geworden, daß aus ihm die Hunderte von Milliarden verzinst, geschweige denn amortisiert werden fonnten, die Frankreich für den "Ruhrkampf", den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete, die Benfionen seiner Kriegsbeschädigten und — die Ruftungen seiner Berbündeten verausgabt und ungebeckt in einem Sonderbudget gebucht hatte. Mit bewundernswerter Schnelligkeit fing Poincaré den Chock auf; zahlte der "Boche" nicht, dann mußte zur Not das eigene Land zahlen; nur so konnte der einmal eingeschlagene Weg weiter verfolgt werden; durch schwerfte Steuerbelastung des ganzen Volkes wurde der Ausgleich im Budget hergestellt, der Franken gefestigt. Aber das Volk folgte ihm in seiner Mehrheit nicht mehr auf diefem Weg.

Man sagt, der Ausfall der französischen Bahlen sei vorwiegend innerpolitischen Gründen zuzuschreiben. Gewiß. Aber wenn Poincare siegreich, b. h. mit einem greifbaren Ergebnis, mit ber Zertrümmerung des Bismarc'schen Reiches, mit der politischen Loslösung der linksrheinischen Gebiete vom Reich aus dem Rampf um den Rhein hervorgegangen wäre, wären auch die Wahlen anders ausgefallen, als sie es heute sind. So fehlte dem französischen Steuer= zahler das Vertrauen, daß auf dem bisherigen Weg noch Wesentliches zu er= reichen sei; und für eine aussichtslose Sache ließ er sich nicht sein Gelb aus

ber Tasche ziehen. Die Fragen, vor die sich die französische Politik gestellt sieht, werden auch für eine neue französische Regierung die gleichen sein, wie für die bisherige. Aber diefe muß nach neuen Methoden und Auswegen Ausschau halten, um sie zu bewältigen. Das kann zu tasten und schwanken führen und damit könnte der französischen Politik jene Zielsicherheit verloren gehen, die im diplomatischen Kampf der letzten fünseinhalb Jahre ihre Stärke und Aberlegenheit ausgemacht hatte. Dadurch kommt Europa seinem Gleichgewicht um einen, wenn auch noch so kleinen Schritt näher, den auch die Schweiz als Entspannung ihrer außenpolitischen Lage empfindet.

Bir werden gut tun, unfere gange Aufmerksamkeit den Fragen zu schenken, die auftreten können, wenn eine neue französische Regierung fich gur Berfolgung der Ziele der französischen Politik unmittelbarer bes Bolterbundes bedienen will, als die bisherige. Gemiffe Teile ber schweizerischen Offentlichkeit erliegen sowieso leicht den Schlagworten eines links gerichteten Frankreich. 1798 ist die alte Eidgenossenschaft auch in erster Linie durch die Schlagworte des revolutionären Frankreich besiegt worden; die französischen Banonette warfen nur noch die äußeren Rahmen der von der frangofischen Propaganda unterhöhlten eidgenöffischen Staatsmesen über ben Saufen. Darum erwächst mit dem Berauftommen einer frangofischen Politit, Die den Bolferbund unmittelbar vor ihren Bagen fpannt, ber Schweiz die Gefahr, unter bem Deckmantel von Bolferbunds- und Beltfriedensidealen für fremde politische Zwecke migbraucht zu werden.

Frankreich stütt seine kontinentale Borherrschaft unter anderem auf die Institution des Bolferbundes. Seit einigen Jahren ift es auch mit Erfolg tätig, den Bolferbund in dem Sinne "auszubauen", daß ihm durch Ginfügung eines - bas frangosische Bundnisspstem umfassenden - militärischen Sonderbundsvertrages, des fog. Barantiepattes, die bisher fehlende militarifche Schlagfertigkeit verliehen wird. Bezeichnenderweise steht die durch Herrn Motta verstretene Schweiz — im Gegensatz zu anderen Neutralen wie Holland, Norwegen und Schweden — durchaus auf dem französischen Standpunkt, daß diese Errichtung eines militärischen Sonderbundes innerhalb des Völkerbundes lediglich

eine "Ergänzung" zu diesem, nicht aber eine Abänderung des ursprünglichen Völkerbundspaktes nach seinem Inhalt und Zweck bedeute.

Im Gegensatzur französischen Völkerbundspolitik steht neuerdings die englische. Bedient sich Frankreich des Völkerbundes als Stütze seiner kontisnentalen Vorherrschaft, so möchte das England Mac Donalds ihn gerade dazu benützen, Frankreich aus dieser Vorherrschaft zu verdrängen und mit seiner Hilfe wieder ein kontinentales Kräftegleichgewicht herzustellen. (Bergl. für die französische und die englische Auffastung se einen Auffat aus der "Revue des Deux Mondes" und der "Fortnigthly Review", die wir beide auszugsweise im Anschluß an unsere "Umschau" zum Abdruck bringen.)

Aber die Aussichten der englischen Plane mit dem Bolferbund wollen wir uns heute nicht auslassen. Wir möchten bloß noch einen hinweis darauf bringen, auf was für harte Proben der innere Friede der Schweiz gestellt werden, fonnte, wenn der Fall, daß England seine Absichten verwirklichen wollte, ein= treten würde und die Schweiz sich gezwungen fahe, im Bölkerbund auf der einen oder andern Seite Stellung zu beziehen. Schrieb doch dieser Tage Gaston Bridel in der "Gazette de Laufanne": Wenn die neuen Machthaber in Frantreich den Völkerbund eine größere Rolle spielen lassen und sich auch damit der Mac Donald'schen Politik annähern wollten, so werde das sicherlich von ihm nicht beklagt; bloß sei es eine Gefahr, den Völkerbund voreilig (!) zu etwas machen zu wollen, was er nicht halten könne, und man sehe "noch (!) nicht, daß Rußland und selbst Deutschland die geforderten Bedingungen erfüllten, ohne die die anskändigen (!) Völker erröten müßten, sie in einer Versammlung

Bu empfangen, die über jeden Berdacht erhaben sein muß."
3m Bewußtsein des Bolfes ist diese Erkenntnis, daß die Schweiz beim Austrag ber internationalen Sändel nicht mittun kann, wenn sie dabei nicht

in Stüde gehen will, und daß sie daher auch im Bölkerbund nicht am richtigen Plat ist, bereits wieder allgemein. Nichts ist vielleicht bezeichnender dafür, als der Umstand, daß die Schweizerische Bereinigung für den Bölkerbund trots krampshaftester Anstrengungen, das Schweizervolk für die internationalen Händel des Bölkerbundes zu interessieren, ihre Mitglieder nicht einmal mehr auf die Zahl des ehemaligen, in ihr aufgegangenen Schweizerischen Friedensvereins zu bringen vermag und ihre geistige Leitung auch mehr und mehr an die welsche Schweiz abgibt. Nur unsere politische Leitung kann noch nicht von den Borsstellungen von 1919 lassen, nach denen, wie sich die Botschaft vom 4. August 1919 ausdrückt, "jene Politik, die ihre Grundlage in einer annähernden Gleichsgewichtslage der Kontinentalmächte und ihrer Gruppierungen hat, heute nicht mehr möglich ist"; weswegen ja auch (laut derselben Botschaft) für die Schweiz die Zeit gekommen sein sollte, "über ihre individuelle nationale Aufgabe hinaus in eine höhere, internationale (d. h. in das französische Imperium) hineinzuswachsen."

* *

Einige Soffnung macht man sich nach bem französischen Rurswechsel auf eine günstigere Wendung im Zonenkonflikt. So wie die Sache jett lag, war sie — trot allen offiziellen Beschwichtigungsversuchen völlig hoffnungslos. Die Ausarbeitung einer schiedsgerichtlichen Grundlage je einem Juristen jedes Landes zu übertragen, war, wie wir stets angenommen hatten, nur ein weiteres Berschleppungsmanöver Poincarés gewesen, zu dem Herr Motta seine stillschweigende Zustimmung gegeben hatte. Die ersten Berhandlungen zwischen den beiden Rechtsdelegierten, die vorige Woche in Paris stattfanden, verliefen gänzlich ergebnislos, indem der französische Delegierte mit der größten Unverfrorenheit einfach den Standpunkt vertrat, der von der Schweiz in bald einem halben Dutend Roten als für fie völlig unannehmbar und außerhalb jeder Diskuffion liegend erklärt worden war. Ob es heute für Frankreich noch ein Zurück gibt, nachdem — dank der schwächlichen Haltung der Bundesversammlung im vergangenen Herbst — der Tatbestand der Aufhebung der Zonen bereits ein halbes Jahr gedauert und die französischen Zollposten sich an Genfs Grenzen auf dauerndes Bleiben eingerichtet haben, mag dahingestellt sein. Eine kleine Soffnung konnen wir vielleicht auf den Umstand grunden, daß die neugewählten savohischen Rammerabgeordneten in der Bahlkampagne sich als eifrige Bonenanhänger bekannt haben und vielleicht teilweise bieser Stellungnahme ihre Wahl verdanken.

Die verschiedenen Tessiner Zwischen fälle der vergangenen Wochen haben ihre diplomatisch durchaus befriedigend sein, so entbehrt sie doch für unser Land nicht eines recht bitteren Beigeschmacks. Die Schweiz steht vor der Welt als der Unruhestifter da. Wir müssen über Schweizerbürger dem Nachbarn Genugstuung gebende Strafen verhängen. Der Fall des Bürgermeisters von Ponte Tresa, d. h. dessen angeblich tätliche Beleidigung in Barese, soll sich als eine arge übertreibung herausgestellt haben, so daß dafür von Italien keine Genugtuung zu erhalten war. Herr Motta verkündet in seiner offiziellen Mitseilung stolz, daß die Zwischenfälle die vortrefslichen Beziehungen zwischen Italien und der Schweiz in keiner Weise beeinflußt haben und daß die italienische Regierung alles getan habe, diese Beziehungen unverändert zu erhalten.

Sewiß. Herr Mussolini legt den allergrößten Wert auf gute Beziehungen mit der Schweiz. Das hat er soeben den — wieder einmal! — auf der Reise befindlichen schweizerischen Journalisten in Mailand bestätigt. Darum vermögen solche Zwischenfälle diese Beziehungen auch nicht zu "beeinflussen". Wie aber, wenn eines Tages Italien keinen so großen Wert auf gute Beziehungen zur Schweiz legen und im Gegenteil in solchen von schweizerischer Seite provozierten Zwischenfällen — deren Provokation durch eigene Landsleute wir bisher ja

nicht zu verhindern fähig waren — einen erwünschten Unlag zum Abbruch der

Beziehungen finden murde?

Wir sind überzeugt, daß im Zusammenhang mit der Wendung der faszisti= schen Außenpolitit nach dem miglungenen Korfuabenteuer die faszistischen Dr= ganisationen im Ausland strengste Order haben, die Beranstaltung von Zwischenfällen zu unterlassen. Wenn es tropdem auch in letzter Zeit noch zu einigen solchen gekommen ist — wie z. B. in Barese, Nizza u. a. o. —, bei denen die Faszisten der unmittelbare oder mittelbare Unlag maren, so handelte es sich da noch um Auswirkungen der bisherigen Taktik, die sich nicht von einem Tag auf den andern beheben laffen. Auch an anderen Stellen fehlt es nicht an Entgleisungen und Berftogen gegen die gegenwärtige offizielle Parole. Stand boch noch vor einigen Tagen in einem Benediger Faszisten-Blatt die schöne Stelle: "Jtalien ist noch verstümmelt. Wir wollen die Grenzen, die uns die Natur gab und die Dalmatien, Malta, Korsita und den Kanton Tessin umfassen; aber wir wollen der Regierung keine Verlegenheiten bereiten und dem Duce die Sorge um die Einheit des Baterlandes überlassen. Tropdem ist es aber notwendig, diese 3dee zu verbreiten und zur See, zu Land und in der Luft die nötigen Kräfte immer wachsam und bereit zu halten." Biel bemerkt worden ist ja auch der Kommentar des "Ambrosianc" zu den Mailander Erklärungen Mussolinis: er hoffe, die Worte des Ministerpräsidenten, daß es für Jtalien keine Tesssiner-frage gebe, seien nicht der wahre Ausdruck seiner Gedanken. Daß nun aller-dings der "Ambrosiano", dem man auch wie den sog. "Giovani Ticinesi" und Versassern der "Questione Ticinese", nahe Beziehungen zum französischen Botschafter in Italien, Barrere, nachsagt, teine Freude an einem guten Berhältnis zwischen der Schweiz und Italien und an einer Entspannung der erregten Stimmung beidseits der schweizerisch-italienischen Grenze hat, ift begreiflich.

Italien entwickelt seit einigen Monaten in der internationalen Politik eine große Regsamkeit. Um für einen künftigen europäischen Konflikt nach allen Seiten hin freie Hand zu haben, muß es heute nach allen Seiten gute Beziehungen pflegen. Darum kann es auch an keiner seiner Grenzen Unruheherde brauchen. Besonders hat es kein Interesse daran, die Schweiz durch Beunruhigung ihrer Südgrenze noch mehr in die -- zur Aufnahme so gerne bereiten — Arme Frankreichs zu treiben. Die leichte Festigung der europäischen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Mißlingen der französischen Pläne am Rhein, läßt

auch für Italien die Zeit der Sandstreiche vorbei sein.

So sehr wir Anlaß haben, uns darüber zu freuen, daß wir damit für einmal der unmittelbarften Gefährdung entronnen sind, sollten wir uns doch nicht bei dieser Feststellung beruhigen und die Hände in den Schoß legen. Der Umstand, daß der unmittelbaren und die Hände in den Schoß legen. Der Umstand, daß der unmittelbare eigen der Anlaß oder die Provokation zu den beunruhigenden Zwischenfällen der letzten 3/4 Jahre an unserer Südgrenze sast außnahmsloß von "schweizerischer" Seite außgegangen sind — selbst das Buch über die "Questione Ticinese" ist ja schließlich von "Schweizern" geschrieben worden, und auf die in der Schweiz im Zusammenhang mit seinem Erscheinen gegen Italien erfolgte Erregung kounte ein italienisches Blatt mit Recht erwidern, dieses von Schweizern über eine "schweizerische" Frage geschriebene Buch gehe ja Italien gar nichts an —, dieser Umstand sollte uns zum Bewußtsein bringen, daß wir ernsthaften Anschlägen auf die Schweiz politischene Buch hilfloß gegenüberstehen und dem Gegner noch jede beliedige Wasse lich hilfloß gegenüberstehen und dem Gegner noch jede beliedige Wasse zur Förderung seiner Absichten in die Hände liesern. Es ist wirklich nicht unser Verduchen, künftig doch ein wenig mehr unseres Schicksals Schmied zu werden?

Während unsere offizielle Außenpolitit noch immer getreulich die von Ador 1919 eingeschlagene Richtung des Abbaus unserer außenpolitischen Handlungsfreiheit und völkerrechtlichen Stellung einhält, darf man mit Genugtuung feststellen, daß an unserem Wehrwesen seit fünf Jahren eine stille, aber stetig fortschreitende Wiederaufbauarbeit geleistet worden ist. Aus dem einleitenden Teil über den Stand unseres Wehrwesens der bundesrät-

lichen Botschaft betreffend Einführung einer neuen Truppenordnung entnehmen wir, wie start in den Jahren 1919 und 1920 der Abbau unseres Wehrwesens gewesen war. "Wir erinnern daran — heißt es dort auf Seite 3 —, daß im Jahre 1919 die militärische Tätigkeit fast ganz eingestellt war... Auch im Jahre 1920 waren die neben den Retrutenschulen stattsindenden Dienstleistungen gering... Ebenfalls im Jahre 1919 sind strengere Vorschriften für die Retrutierung aufgestellt worden, die eine starke Herabsehung der Retrutenzahl zur Folge hatten... In den Militärwerfstätten und Zeughäusern des Bundes arbeiteten am Ende des Jahres 1920 noch 1800 Arbeiter gegen deren 7300 im Herbst 1918."

Seither ist es anders geworden. Man hat einsehen gelernt, daß es wirtslich feinen Sinn hat, wenn die Schweiz sich mit ihrer Entwassnung freiwillig an die Seite der wehrlos gemachten Besiegten des Weltkrieges stellt und sich badurch schuslos den gleichen Vergewaltigungen aussetz, denen jene jederzeit preisgegeben sind. Was mit Rücksicht auf die Volksstimmung und die Staatssinanzen und auf die von den Siegern des Weltkrieges in so schönen Variationen geblasenen und von unsern Staatsmännern plöglich so adorierten Weltfriedenssschalmeien damals abgebaut worden war, ist seither mit Ausdauer und Opfersfreude wieder ausgebaut worden. Man gibt sich in unsern obersten militärischen Behörden heute keinerlei Täuschung über die wirkliche Lage Europas hin: "Jeder, der seine Augen den Tatsachen nicht verschließt — lesen wir auß Seite 4 obgenannter Botschaft —, muß es sehen: Der Friede und die Ruhe zwischen den Bölkern sind leider noch nicht in dem langersehnten Maße einsgesehrt und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Gegen säte trotz aller Anstrengungen sich nicht auf dem Wege der Verständig ung lösen lassein ander seit sung führen... Wir wissen, daß wir von einem Tag auf den andern bereit sein müssen, und daß es ausgeschlossen ist, im letzen Augenblick dassenige nachzuholen, was rechtzeitig zu tun wir aus allzu großem Vertrauen oder aus Mangel an Entschlußfähigkeit versäumt haben."

über die neue Truppenordnung selbst, die durch diese Botschaft den eidsgenössischen Käten zur Beschlußfassung vorgelegt wird, ein Urteil abzugeben, fühlen wir uns nicht kompetent. Sie dürfte aber sicher in ihren Grundzügen unserer Armee das bringen, wessen sie bedarf, um zur Verteidigung unseres Ges

bietes und unserer staatlichen Unabhängigteit im Stande zu fein.

Eine Frage nur glauben wir an die Räte, die diese neue Truppensordnung beschließen, stellen zu müssen: was nütt alles militärische Gerüstetsein, wenn wir politisch im entscheidenden Augenblick versagen? Auch politisch müssen wir "von einem Tag auf den andern bereit sein" und können nicht "im letzen Augenblick daszenige nachholen, was rechtzeitig zu tun wir aus allzu großem Bertrauen oder aus Mangel an Entschlußfähigkeit versäumt haben." Noch vor nicht allzu langer Zeit ist es passiert, daß ein Gesuch um Benütung des schweizerischen Gebietes für den Durchtransport fremder Truppen vom Borssteher des Politischen Departements zuerst bejahend beantwortet wurde und daß, als dann die Antwort des Gesamtbundesrates doch absehnend aussiel, von 21 welschen Parlamentsmitgliedern ein Inwiedererwägungziehen der Durchzugssterweigerung verlangt wurde. Es hat seither keine Anderung in der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten stattgefunden. Wer bürgt also dafür, daß uns z. B. die hinter verschlossenen Türen geführten Unterredungen der Herren Benesch und Duca mit Herrn Motta eines Tages nicht in noch viel heiklere Situationen bringen?

Ende April hatte sich der Vorstand der so zialdemokratischen Parstei mit der Frage der Beteiligung am Bundesrat beschäftigt. Die Geschäftsleitung hatte einen dahingehenden Antrag an den im nächsten September stattfindenden Parteitag gutgeheißen, daß der Parteitag grundsählich mit der Beteiligung der sozialdemokratischen Partei an der Landesregierung eins verstanden sei und es dem Vorstand überlasse, den Zeitpunkt für die Ausführung

dieses Beschlusses zu bestimmen. Der Parteivorstand warf diesen Beschluß der Geschäftsleitung um und beantragt seinerseits dem Parteitag mit 16 gegen 15

Stimmen Ablehnung der Beteiligung.

Beachtenswert ist die Begründung, die Robert Grimm in einem in der "Roten Revne" erschienenen Aussach, "Taktik und Grundsäße" seiner Stellungenahme gegen die Beteiligung gibt. Die Auseinandersehung über die Beteiligung der Sozialdemokratie am Bundesrat sei unter den heute obwaltenden Berhältnissen teine rein taktische, sondern eine "Auseinandersehung über die Grundslagen und Prinzipien der Partei überhaupt". Die Taksache, daß nach dem 17. Februar des Jahres die Jdee eines Linksblockes ausgetaucht, daß in der Nationalrakssraktion die Frage der Beteiligung am Bundesrat mit der Frage Demokratie oder Dikkatur verkoppelt, daß in einem Programmentwurf die Behauptung ausgestellt worden sei, die sozialdemokratische Partei habe auszuhören, eine Partei der Opposition zu sein, weil sie im Lause der nächsten 50 Jahre sowies die Pundamente der Partei und der Arbeiterbewegung nicht mehr übersowieß die Fundamente der Partei und der Arbeiterbewegung nicht mehr übersall klar ist." Dasein und Entwicklung der Sozialdemokratie beruhken auf "wissenschaftlicher Begründung"; der Sozialismus sei eine "aus der Entwicklung der Produktivkräfte hervorgehende geschichtliche Notwendigkeit"; wenn die Kriegsund Raum gegeben habe, so wiesen des Gozialismus seiterorts erschüttert und Zweiseln Raum gegeben habe, so wiesen die Mokrenders erschüttert und Zweiseln Werdens" — die weitere Konzentration und Zentralisierung des Wirtschaftselbens, die Bergrößerung des sozialen Abstandes zwischen den Klassen, die burch Entwicklung der Technik und die Verfeinerung der Arbeitsmethoden Chrwistlung der Landwirtschaft, n. s. w. — eben doch auf die baldige "Notswendigkeit einer Organisation der Produktion in sozialistischem Sinne" und darauf hin, daß "wir dem Sozialismus näher sind als vor dem Kriege".

Bir gehen mit Herrn Grimm in der Feststellung obiger Tatsachen — mit einigen Einschränkungen — einig. Wir gehen sogar noch etwas weiter und gestehen ein, daß unsere Demokratie Merkmale einer verschleierten plutoskratischen Dligarchie ausweist: durch Beherrschung eines Teils der Presse welf mehr Einschlichen Areise der Größdankens und Großindustries welk mehr Einsstellung üben kleine Kreise der Größdankens und Großindustries welk mehr Einsstellung auf dem Gang der Geschäfte aus, als nach demokratischen Grundsähen zulässig ist; das Bolk gibt der dumpsen Erkenntnis dieser Bershältnisse und seinem Unmut darüber gelegentlich mit dem Stimmzettel Ausdruck. Aber wir ziehen aus solchen Feststellungen die entgegengesetzten Folgerungen wie Herr Grimm. Herr Grimm und mit ihm seine Partei freuen sich über sede Verschlimmerung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Versältnisse, weil sie davon Gewinn und Auftrieb für ihre Partei erhossen; hat diese infolge der Zerrütung aller Verhältnisse einmal genügend Julauf ershalten, dann soll sür sie der Augenblick gekommen sein, die Macht an sich zu reißen. Das ist parteitaktisch alles sehr richtig; auch Marr war nie mehr als ein Parteitaktiker; dis zur Abernahme der Macht durch die Partei geht alles nach Programm. Aber dann? Die "Kapitalisten" schlägt man tot; alle sozialen Unterschiede werden "ausgeglichen". Wo aber nimmt man den Insgenieur, den Fabrikeiter her, der lediglich für seine Ausdikung so viel Geldsmittel benötigt, wie der Handsreitet sein ganzes Leben lang? Wen triffte Wenten die Fabrik nicht mehr richtig geleitet ist, die Produktion stock? Wen triffte es, wenn dei Hohem Lohn nur noch einige Stunden im Tag gearbeitet, das Fabrikationsprodukt unerschwinglich teuer, der Absahlt menden, die zur Ernährung der im Verhältnis zur eigenen Lebensmittel bezahlt werden, die zur Ernährung der im Verhältnis zur eigenen Lebensmittelsproduktion ein mehrfaches zu großen Bevölkerung aus dem Ausland herbeisgeschaft werden müssen.

Wir glauben mit Herrn Grimm an eine Naturgesetlichkeit, gegen die Menschengeist und Menschenhand nichts vermögen. Wenn zum Beispiel jemand

ben Aft abfägt, auf bem er fitt, jo fällt er mit Naturnotwendigkeit zu Boden. Und scheint, man könnte nun mit einigem gutem Willen feststellen, daß die Arbeiterschaft dank ihres Marxismus in den Ländern, wo sie in den Kriegsund Nachkriegsjahren zu Macht und Birtfamkeit gelangt ift, jeweils ben Aft, auf dem fie fag, abgefägt hat und zu Boden gefallen ift. Schädigen fann ein Blied, das ein gefundes Funktionieren des Organismus, von dem es einen Teil bildet, zu vereiteln sucht, diesen Organismus natürlich schon. Aber es hat unter dem Schaden des Ganzen genau so zu leiden, wie die anderen Glieder. Unsere Demokratie funktioniert heute nicht überall befriedigend. Das liegt aber weniger an ihrer Form, als an denen, die ihren Inhalt ausmachen. Ift etwas mit unserer Arbeiterschaft, dann möge sie sich fraft ihrer Befähigung und Tüchtigkeit eine leitende Stellung im Staate erobern. Es steht ihr dazu tein hindernis im Bege. Dadurch, daß fie weiter ben "Bölimann" spielen will, mit dem gerade diejenigen Rreise, die die Gegner ihrer wirtschaftsdemotratischen Bestrebungen sind, die Burger stets wieder zu schrecken und so um ihre Fahne zu scharen vermögen, sägt auch sie nur wieder am Uft, auf dem sie sitt.

Bu unserer Unmerkung über die Pariser Reise der Schweizer Schriftsteller nach Paris im vorigen heft geht uns von Rosef Rein-

hart folgende Zuschrift zu:

"Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie im nächsten Heft der "Monats-hefte" Ihre Notiz berichtigen würden, wonach ich als Gast der französischen Schriftsteller nach Paris reisen werde. Ich weiß nicht, woher der Frrtum rühren kann, daß mein Name mit diesem Anlaß in Beziehung gebracht wird."

Wir wissen es natürlich auch nicht. Wir haben uns auf die Angaben der "Gazette de Lausanne" verlaffen. Bielleicht weiß diese es, warum fie unter ben zu dieser famosen Reise Eingeladenen Berfonlichkeiten aufführte, die gar nicht eingeladen worden sind.

Bürich, den 24. Mai 1924.

Sans Dehler.

Das französische Bündnissystem.

Die "Revue des Deux Mondes" veröffentlicht in ihrer zweiten Mai-Nummer unter dem Titel "La France et les Alliances" einen Auffat, ber besonders wegen der darin klargelegten Stellung Frankreich 3 zum Bölkerbund auch unsere Aufmerksamkeit verdient. Der Rame des Berfassers wird verschwiegen; gerade dieser Umstand und die hervorragende Sach-tenntnis, die der Aufsat verrät, lassen aber vermuten, daß es sich um eine "berusene" Persönlichkeit handelt. Die Hervorhebung einzelner Stellen durch Sperr- ober Fettdruck geschieht burch uns. (Die Schriftleitung.)

Der Berfaffer leitet seinen Auffat mit den Worten ein: "Unser Land ift heute in seine natürlichen Grenzen zurückgekehrt. Seine Tätigkeit richtet sich auf die Werke des Friedens, sein Geist nährt nicht irgendwie Eroberungs-gedanken, sein einziger Bunsch ist, das so schwer erworbene nationale Erbe unversehrt zu erhalten. Alle seine Anstrengungen sind einzig darauf gerichtet, die Berteidigung seiner Unversehrtheit sicher zu stellen."

Er fährt dann fort, daß Frankreich diese Berteidigung zwar felbst besorgen könnte, daß ihm das aber sehr kostspielige Ruftungen auferlegen würde, wozu ihm die Mittel nicht reichten. Daher habe sich die alte Ibee, andere Völker zur Mitarbeit für eigene Zwecke zu benützen, aufgedrängt und man habe mit Begeisterung die Gründung eines Völkerbundes begrüßt, der diese Mitarbeit sicher zu stellen schien. Leider hätten sich diese Hoffnungen allerdings nur zum Teil erfüllt, indem der Völkerbundsvertrag zwar wohl die gegenseitige Gebiets- und Unabhängigkeitsgarantie seiner Mitglieder, nicht aber die nötigen Machtmittel zu deren Berwirklichung vorgesehen habe. Auch erstreckten sich die Verpflichtungen zur gegenseitigen Hilfe nur auf das wirtschaft-

liche und finanzielle Gebiet.

Der Verfasser kommt dann in einem 2. Abschnitt auf die Bedingungen zu sprechen, unter denen Deutschland einen Kevanchekrieg untersnehmen könne. Deutschland sei wegen der Verringerung seiner Finanzmittel und seiner Nahrungsquellen durch den Versailler Vertrag auf einen kurzen Krieg angewiesen, den es in Form eines plöplichen, unerwarteten Ungriffs beginnen müsse; die Kaders für eine Armee besite es in der Reichswehr; an Menschen zur Auffüllung einer großen Armee seiste es ihm auch nicht; das notwendige Kriegsmaterial lasse sich bei seiner fortgeschrittenen Industrializierung in sechs Monaten herstellen und habe dann crst noch den Vorzug, die neuesten Vers

vollkommnungen zu enthalten.

Wenn nun Frankreich Deutschland die Freiheit einer solchen Vorbereitung lasse, sei seine Lage von Anfang an aussichtslos. Es bleibe dann nichts anderes übrig, als im gleichen Augenblick wie der Feind die Arbeit in den Kriegsstabriken zu beginnen und — Pfänder zu ergreisen. Aber wie lasse sich diese Taktik mit dem langsamen Hilfsverfahren, das der Völkers bundsvertrag vorsehe, vereinigen? Früher hätte die Grenzverletzung den leicht bestimmbaren Kriegsfall gebildet; heute würde ein Staat, der erst im Stadium der Feindselizkeiten zu Hilfe eilen wollte, seine Pflicht kaum ersfüllen; seine industrielle Mobilisierung müsse zum mindesten diezenige des Gegeners begleiten; seine Unterstützung beim ersten Symptom der Gesahr wirkssam werden.*) Nun aber habe der Völkerbundsrat sechs Monate Frist, um seinen Bericht auszuarbeiten, wenn man die Sache dem Völkerbund unterbreite. Das sei gerade die Zeit, die Deutschland brauche, um seine Küstung zu vollenden; sehne es den Entscheid des Kates schließlich ab, dann müsse Franksreich noch einmal drei Monate warten, dis es zu den Waffen greisen dürse.

So sei man schließlich auf die einfache Idee zurückgekommen, daß einzig gemeinsame Interessen zu konkreten Berträgen, d. h. Berträgen, die auf einer allfälligen militärischen Zusammenarbeit beruhen, führen können. Um Tagnach dem Abschluß des Bölkerbundsvertrages habe das siegreiche Europa dasher der ganzen Welt seine Abssicht kundgegeben, keine Revision der Friedenssberträge durch Waffengewalt zu dulden. Alle interessierten Nationen seien darin einig gewesen und so seien seit 1920 der französische Elgische, der

Angreifer entscheibenbe Borteile sichern ...

^{*)} Man vergleiche damit folgende Säte aus der Definition, die die stänbige Abrüstungskommission des Bölkerbundes dem Begriff des "Angriffsekrieges" gegeben hat, zu dessen "Abwehr" bekanntlich die Garantiepaktsallianz im Bölkerbund geschaffen werden soll (siehe Societe des Nations, Journal Offiziell, Supplement special Nr. 16, S. 183):

[&]quot;Künftig wird es nicht nur die Mobilisation der Armee sein, sondern die jenige des ganzen Landes, die den Feindseligkeiten vorausgeht (Ansammlung von Lagern an Kohstoffen und Kriegsmaterial, industrielle Mobilisierung, Insgangsehung oder Steigerung der Fabrikation), alles Maßnahmen, die eine Kriegsabsicht ausdrücken, die Ansah zu Unterredungen und verschiedenen Auslegungen geben können und die inzwischen, wenn nicht gehandelt wird, dem

[&]quot;Die Verletung der Grenze durch bewaffnete Streitfräfte wird nicht mehr notwendigerweise der gewalttätige und offenkundige Akt sein, den er früher bildete. Das Aberschreiten der Grenze durch die Truppen eines anderen Landes bedeutet nicht immer, daß dieses lettere der Angreiser sei. Besonders im Falle der kleinen Staaten kann die Handlung den Zweck haben, eine Anfangslage zu schaffen, die möglichst günstig für die Verteidigung ist, bevor der Gegner die Zeit hatte, seine überlegenen Kräfte zu sammeln. Eine so rasch wie möglich ergriffene militärische Offensive kann also ein Mittel und vielleicht das einzige Mittel des Schwächeren sein, sich gegen den Stärkeren zu verteidigen."

französische polnische, der französische tich echische Vertrag und die Kleine Entente entstanden. Diese politischen Abkommen mußten von einer militärischen Ausrüstung gefolgt sein, die die betreffenden Staaten in Stand setzte, einem allfälligen Angriff des Feindes zu widerstehen; die Bersbündeten hätten sich sogleich ans Werk gemacht; Frankreich trage augenblicklich zur Organisation und Instruktion ihrer Armeen durch die Militärkommissionen bei, die es in Warschau und Prag unterhalte und die sehr befriedigende Ergebnisse gezeitigt hätten; außerdem helse es durch namhafte sinanzielle Opfer, so z. B. habe es noch kürzlich Polen und Jugoslavien einen Kredit von 700 Millionen eingeräumt, um ihnen den Ankauf von Waffen und die Schaffung der Grundlagen einer Kriegsindustrie zu ermöglichen; auch ihre wirtschaftliche Mobilisierung sei nicht aus den Augen gelassen.

Der Berfaffer fährt bann wortlich weiter:

"Diese Rüstungen nehmen den abgeschlossenen Verträgen nicht ihren rein desensiven Charakter. Diese beabsichtigen nur, einen neuen Angriff der Feinde von gestern zu verhindern. Weit entfernt, den Frieden Europas zu bestrohen, versuchen sie im Gegenteil, ihn sicher zu stellen. Warum sollen sie sich unter diesen Bedingungen nicht in das große Frieden zu urt eine ord nen, dessen Grundlagen der Völkenbund errichtet hat? Warum sollen sie vieles gingen geschieden geschlichen g

nicht einfach einen Abschnitt im Patt von 1919 bilben?...

Der Bölkerbundsvertrag hat für die europäischen Bölker trot seiner Schwächen ein großes moralisches und wirtschaftliches Interessesse. Er verspricht zugunsten der Opfer eines ungerechtsertigten Angriffs eine späte, aber machtvolle Dazwischenkunft. Die Nation, die die Revanche beabsichtigt, ist zum Boraus gewiß, daß ihre Anfangserfolge, so groß sie sind, ihr auf die Dauer nichts nüten, weil die ganze Welt sich gegen sie verbündet. Selbst wenn der Pakt nur auf wirtschaftlichem Gebiet spielen sollte, würde er uns im Falle eines langen Krieges mehr als nur eine moralische Unterstützung bringen. Offensichtlich sind die Blockade und der Bonkott der Waren nicht im Stande, bei Beginn der Feindseligkeiten die geringste Rolle zu spielen. Aber wenn diese sich hinausziehen, werden deren Wassen schrecklich; Deutschland hat die harte Erfahrung davon gemacht...

In Wirklichkeit bilden der allgemeine Vertrag von 1919 und unsere Verträge ein harmonisches Ganzes; sie ergänzen sich und stehen niemals im Widerspruch zueinander; sie bilden die Steinschichten von verschiedener Struktur, auf denen sich das Gebäude des Friedens erheben muß. Es scheint infolgedessen, daß alle Freunde der Ordnung, anstatt an dem Absschluß der letzteren Anstoß zu nehmen, sich freuen sollten, sie sich in Europa

aufbauen zu sehen.

Mit seinem bewundernswerten Weitblick hat Benesch als erster die Notwendigkeit erkannt, die mannigsaltigen Sonderabkommen, die in den Jahren 1920 und 1921 abgeschlossen worden waren, in den allgemeinen Kahmen des Bölkerbundsversammlung vom Herbst 1921 einen dahingehenden Abänderungsvorschlag vor, daß die Möglichkeit des Abschlusses von regionalen Bündenissen in ihrem Schoße, die den Zweck haben, "die Berpflichtungen des Paktes hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens oder der internationalen Zusammenarbeit genauer zu bestimmen öder zu ergänzen", anerkannt werden sollte. Die Bersammlung vertagte diesen Antrag, aber stimmte ihm, in der Erkenntsnis, wie sehr solche Abkommen zum Fortschritt des Bölkerbundes auf dem Wege der praktischen Berwirklichung beitragen können, grundsählich zu. Kein Zweisel, daß man mit der Zeit zum heiß ersehnten Ziel gelangt."

Alle Vorbehalte, die dagegen erhoben worden seien, hätten ihren Ursprung in der Meinung, "daß die Wahrheit, die Gerechtigkeit und das Recht ihre Wirkung auf die heutige öffentliche Meinung von selbst ausüben, ohne daß es nötig wäre, Gewalt in Bewegung zu sehen, um ihnen zum Siege zu verhelfen, und daß infolgedessen die moralische Tätigkeit des Völkerbundes ein genügendes Vertrauen einflößen sollte, um die allgemeine Entwaffnung a priori zu ges

statten. Dann ist es weiter und ganz besonders ein instinktives Mißtrauen gegen allen Anschein einer Rückkehr zu den Borkriegsallianzen, zum Gleichsgewicht von Mächtegruppen, die als unausweichlich zu neuen Kriegen führend

angejehen werden.

Diese Befürchtungen sind sehr berechtigt. Es scheint indessen möglich, sie zu überwinden und zu einer Formel zu gelangen, die jedermann versöhnt. Die Sonderabkommen könnten, um dem Borwurf der Einseitigkeit zu entgehen, weitscherzig offen stehen. Nichts hinderte auch, für gewisse, weniger bedrohte Bölker die Möglichkeit des Beitritts zuzulassen, ohne daß diese sich zu ebenso strengen Verpflichtungen gezwungen sehen würden. Diese Verpflichtungen wären beispielssweise so vorzusehen, daß sie sich ihren Möglichkeiten, ihrer militärischen Organissation, ihren besonderen politischen Anschauungen anpassen würden. Die Unterstützung gewisser Mächte könnte anfänglich auf das Gebiet zu Basser und in der Luft, auf das wirtschaftliche und sinanzielle Gebiet, diesenige anderer Mächte auf eine passive Zusammenarbeit, die den Durchzug militärischer Kräfte und alliierten Materials durch ihr Gebiet gestatten würde, u. s. w., beschränkt werden. Es würde daraus für Frankreich und die verträgeschließenden Staaten ein sehr wertvoller Zuwachs an Sicherheit solgen. Diese Abkommen würden in den Augen eines allfälligen Angreisers eine solche Macht darstellen, daß er kaum mehr versucht wäre, ihr Inkrafttreten zu veranlassen, und dann, aber nur dann, hente eine neue militärische Entwassung eins Auge gefaßt werden."

In Gent seien die Verhandlungen oft durch gewisse Mitglieder des Völkerbundes gestört worden, "die von ihrer vorgefaßten Jdee ausgingen, daß man zuerst die Rüstungen einschränken müsse und daß der Friede natürlicherweise daraus folgen werde. Sie vergessen, daß mit der neuen Form, die der Krieg heute annimmt, die gefährlichsten Völker nicht diesenigen sind, die im Frieden militärische Kräste unterhalten... Durch eine Umkehrung der Dinge sind es von nun an die pazifistischen Völker, die sich genötigt sehen, bes waffnetzund ble iben, um jeder Möglichkeit gewachsen zu sein. Ihre Lager an Kanonen und Munition ersehen die Betonhausen von ehemals, sie bilden die Grundlage der Sicherheit, mit dem gleichen Kecht wie die Flotte des

britischen Reiches.

Die Verträge, die wir geschlossen haben, entspringen einer gleichen Aufsfassung. An dem Tage, an dem die Mitglieder des Bölkerbunds sich von dieser Entwicklung Rechenschaft geben, wird das Einverständnis in dessen Schoß bald vorhanden sein. An diesem Tag wird das Organ von Genf eine Bedeutung erhalten, wie sie ihm alle wahren Freunde des Friedens wünschen."

England und das europäische Gleichgewicht.

Bor bald einem halben Jahr (in der Nummer vom 1. Januar) hat die "Fortnigthlin Review", ein Mac Donald nicht ferne stehendes Organ, einen von "Augur" gezeichneten Aufsat veröffentlicht, aus dem wir, des Berständnisses willen, das er für die augenblickliche Politik Englands zu vermitteln geeignet ist, im folgenden einige Leitsätze wiedergeben. Der Aufsat hat in der Nummer vom 1. Februar der gleichen Zeitschrift einer Antwort von französischer Seite gerusen, deren charakteristischen Inhalt wir ebenfalls zum Abdruck bringen. Der Sperrdruck, durch den wir einzelne Stellen besonders hervorheben, stammt von uns. (Die Schriftleitung.)

"Die britische Politik kehrt zur alten Tradition des eusropäischen Gleichgewichts zurück. Die britische Politik in Europa hat stets die freie Entwicklung der politischen Kräfte begünstigt. Aus diesem Grunde haben wir uns jedem Staate und jeder Verbindung von Staaten entsgegengestellt, die durch Waffengewalt, durch geographische Vorteile oder durch geschickte Politik einen überwiegenden Einfluß erlangt hatte...

Die Politik, das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, führt für uns die Notwendigfeit mit sich, ben ftartsten Staat ausfindig gu mach en und ihn bann entweder anzugreifen ober feste Abkommen mit ihm zu treffen, die ihn in der Möglichkeit beschränken wurden, mit der Freiheit der europäischen Politit zu spielen oder Unruhe zu stiften. . .

"Wir können nicht leugnen, daß Frankreich, wie es jest dasteht, der mächtigste Staat in Europa ist... Und da müssen wir begreifen, wie sehr unsere Macht eingeschränkt worden ist. Wie das zustande gekommen ist, diese Fragen wollen wir unbeantwortet lassen. Das Einzige, was uns angeht, ist die unbestreitbare Tatsache der Vorherrschaft Frankreichs...

"Frankreich ist heute der mächtigste Staat in Europa. Nicht allein, weil seine Armee die stärkste ist... Die politischen Kräfte Frankreichs entswicken sich heute politisch auch auf der wirtschaftlichen Ebene... Frankreich hat die Haupt quelle wirtschaftlicher Macht auf dem Kontinent ersgriffen... Man sehe, wie Deutschland entrechtet dasteht. Deutschland ist seinen Sänden überliefert. . .

"Frankreich hat auch ein Shitem von Freundschaftsbundniffen und politischen Beziehungen in Europa aufzubauen gewußt, das ihm gestattet, Deutschland mit einem Eisenring von der Nordsee bis zur Oftsee zu umschließen... Quer über Mitteleuropa liegt der große Korridor neu-

traler und Frankreich freundlich gesinnter Staaten...
"Es ist klar, daß die Politik des europäischen Gleichgewichts die Not= wendigkeit zu politisch = biplomatischen Gruppierungen in. sich schließt. Als der Bolferbund geschaffen murde, meinten seine Begründer, bag die Mitglieder sich auf ihn als einen gemeinsamen Mittelpunkt konzentrieren

wurden. In Wirklichkeit geschah bas Gegenteil. . .

"Unser größter Gewinn wurde natürlich sein, wenn wir den Bölker-bund so umformen könnten, daß seine Autorität erhöht werden wurde. Das könnte damit erreicht werden, daß wir die beiden Nationen, die wir braufen gelaffen haben, Deutschland und Rugland, hineinbrächten. Der Bund mare verbeffert und murbe ben Charafter verlieren, den er jest als Instrument alliterten Zwanges hat. Aber Deutschland und Rußland hineinzubringen, ift feine leichte Aufgabe."

Aus der Antwort eines Franzosen:

"Bon unserm französischen Standpunkt aus ist die Theorie des europaischen Bleich gwichts überlebt ... Sie munschen, Brogbritannien hatte feinen Rivalen in Europa. Das bedeutet, daß die europäischen Staaten gegeneinander, Gruppe gegen Gruppe, ausgespielt werden follen, um einen allgemeinen Stillstand herbeizuführen. Sie bemühen sich, überall Ohnsmacht herbeizuführen und nennen es Frieden... Ihre Absicht ist, durch das Spiel internationaler Beziehungen, Europa auf den Zustand einer friedvollen Schwäche zurückzuführen.

"Wir wünschen den Frieden, der durch ftarke Beschützer aufrecht erhalten wird... Wir wollen in Europa eine Interessengemeinschaft schaffen, die einen genügend starken Staatenblock schaffen wird, um ben Frieden.

auf bem Rontinent aufrecht zu erhalten."

Bur politischen Lage.

Die Reichstagswahlen. — Der Umschwung in Frankreich. — Bas geschieht mit bem Blan ber Sachverftandigen? - Die Minderheitenfragen.

Die Entscheidungen im Wahlkampse sind in Deutschland und Frankreich. gefallen. Jenseits des Rheins entspricht das Ergebnis unsern im letten hefte geäußerten Erwartungen. Der Sozialismus als Ganzes hat fast 2 Millionen.

Stimmen verloren. Er hat damit die Quittung für seine haltlosen Trugbildern nachjagende Außenpolitik und für sein Berjagen in den praktischen Aufgaben der Berwaltung und Gesetzgebung im Junern erhalten. Daß der Rückschlag nicht noch größer wurde, ist der wirtschaftlichen Notlage und deren vielsach rücksichen Ausnützung durch die Unternehmerschaft zuzuschreiben. Denselben Erscheisnungen verdanken die Kommunisten ihren großen Erfolg; sast 4 Millionen Wähler haben sur Moskau gestimmt! Das stellt sür die nächste Zukunst schwerste Auseinandersetzungen im Junern in Aussicht. Sie haben ja bereits im Ruhrgebiet eingesetz, wo die durch die Besetzungsmächte planmäßig gesförderte wirtschaftliche Not und der Anhang der Kommunisten am größten ist.

Mehr beachtet als diese Vorgänge im sozialistischen Lager wurden überall die starken Gewinne der nationalen Parteien. Mehr als verdoppelt auf Kosten der Mittelparteien und der Sozialisten ziehen sie in den neuen Reichstag ein. Wir haben hier auf die Ursachen dieser Erscheinung schon mehrmals ausmerksam gemacht. Der furchtbare äußere Druck und die wirtschaftliche Not haben jett ihre ausgiebige Auswirkung gefunden. Immerhin hat sich auch bei dieser Geslegenheit das Beharrungsvermögen der Massen wieder gezeigt. Die alten Parteien haben zwar alle Verluste erlitten, aber sie sind doch alle wieder da. Das Zentrum hat seine Stellung fast völlig behauptet. Dagegen haben die Demokraten sehr stark gelitten und noch stärker die Volksparteiler, die Anshänger Stresemanns. So ist die Mitte zusammengeschwunden, aber sie ist immer noch in ansehnlicher Zahl vorhanden.

Damit stehen sich nun in Deutschland drei ziemlich gleich starke Gruppen gegenüber, genau wie in England. Und genau wie dort, ist deshalb die Bilsdung einer Regierung und noch mehr das Regieren selbst sehr schwierig. Frgendeine Kompromißlösung wird unumgänglich sein. Das wahrscheinlichste scheint mir, daß die bisherige Regierung in irgend einer ergänzten Form am Ruder bleibt. Das wird zu heftigen innerpolitischen Kämpfen sühren; von den außens

politischen Folgen wird noch zu sprechen sein.

Gewaltiges Aufsehen hat der unerwartete Ausgang der Bahlen zur französischen Kammer erregt. Man war ja auf eine gewisse Verschiebung in dem Durcheinander der französischen Parteien gefaßt. Aber nirgends, weder bei den jetigen Siegern, noch bei den Besiegten, noch bei den Zuschauern hatte man einen so starken Umschwung geahnt. Am wenigsten wohl bei der Regierung selbst. Die vereinigten Linksparteien haben eine absolute Mehrheit erzielt, der Nationale Block ist unterlegen. Und mit ihm die Regierung Poincares und der Präsident Millerand. Eine Reihe der bekanntesten Parlamentarier sind nicht mehr gewählt worden. Die Mitarbeiter Clemenceaus, Tardieu und Mandel, dann der Rohalist Daudet, und sogar der Präsident der Kammerkommission für die Armeeangelegenheiten, General Castelnau, sind alle durchgefallen. Neue Männer oder alte, schon in der Versentung verschwundene, sind an ihre Stelle getreten

Wie ist das gekommen? Zweifellos haben die mannigkachen empfindlichen Beschwerden den französischen Bürger veranlaßt, für die Opposition zu stimmen. Man vergesse nicht, daß der französische Republikaner nur alle vier Jahre einsmal Gelegenheit hat, irgendwie Einfluß auf den Staat zu nehmen. Und nun hat er in den eben vergangenen Jahren sehr viel schlucken müssen: Stark ershöhte Steuern, daß schnelle Ansteigen aller Preise, mit denen die Einkommen nicht Schritt hielten, u. s. w. Diese wirtschaftlichen, deutlich fühlbaren Gründe haben jedenfalls den Ausschlag gegeben. Politische Erwägungen, wie die Mißstimmung über die Aufnahme der Beziehungen mit dem Batikan, dann die üble Nachwirkung der zahlreichen Skandale in der Berwaltung (Wiederausbau!) haben natürlich mitgewirkt. Ob außenpolitische Gesichtspunkte eine ausschlagsgebende Rolle gespielt haben, wie man jetzt vielsach gern glauben machen möchte, bezweisle ich sehr. Große Teile der jetzt siegreichen Koalition stehen außenspolitisch den unterlegenen Parteien sehr nahe. Und es ist nach allen Ersahzungen durchaus wahrscheinlich, daß die breite Masse der Wähler, besonders

im links stimmenden Südfrankreich, sich eben von den greifbaren Tatsachen der inneren Politik leiten ließen. So ist die Berschiebung zu Stande gekommen. Die Sünden der Regierungsmehrheit hätten sich aber nicht in dem Maße

Die Sünden der Regierungsmehrheit hätten sich aber nicht in dem Maße rächen können, wenn nicht das französische Wahlgesetz eine solche Berschiebung außerordentlich begünstigen würde. Wenn man die Einzelresultate der Wahlstreise genauer betrachtet, so ertennt man sosort, daß die Berschiebungen in der Stimmenzahl nicht in einem so durchschlagenden Maße erfolgt sind, wie es dem Wahlergebnis entspricht. Schon früher haben die Linksgruppen überall starken Anhang gehabt. Sie unterlagen hauptsächlich durch ihre Zersplitterung. Jetzt hatten sie sich beinahe überall zusammengeschlossen und erwarben so automatisch alle Mehrheitsprämien des Wahlgesetzs. Kleine Berschiebungen konnten da über den Gewinn sämtlicher Mandate eines Wahlkreises entscheiden. Aus diese Weise kam der Gewinn von mehr als 100 Mandaten zustande.

Im Einzelnen ist einmal festzustellen, daß der Norden und Osten, also die vom Krieg betroffenen Gegenden, mehrheitlich für den nationalen Block und Poincare gestimmt haben. In denselben Gebieten haben allerdings auch die Rommunisten ihren Anhang gefunden. Gegen 900,000 Stimmen haben diese ershalten, kaum ein Viertel so viel wie in Deutschland. Berücksichtigt man aber das Fehlen des Frauenstimmrechts und die kleinere Bevölkerungszahl, so wird man doch feststellen müssen, daß die französische Arbeiterschaft ebenso stark

radifalisiert ist wie die deutsche.

Bemerkenswert sind die Ergebnisse im Essä und in Lothringen. Hier wird der nationale Block vor allem durch das Zentrum und weiter durch Teile des liberalen Bürgertums vertreten. Er hatte bei den frühern Wahlen in allen drei Wahlkreisen die absolute Mehrheit und damit alle Site erhalten. Auch jett ist das im Oberelsaß und in Lothringen wieder gelungen, wenn auch unter ansehnlichen Einbußen. Im Unterelsaß mit Straßburg dagegen ist diese Wehrheit verloren gegangen und unter 9 Abgeordneten ziehen jett von dort zwei Sozialisten und ein Kommunist ins Parlament ein. Mit dem letzteren, Huber, kommt auch zwar nicht der erste Abgeordnete deutscher Muttersprache, aber doch der erste, der überhaupt nicht Französisch spricht, nach Paris. Es wird interessant sein, zu sehen, wie die französische Kammer auf eine deutsche Rede reagieren wird; jedenfalls wird sich der Kommunist durch die Ermahnungen der Pariser Presse zum Patriotismus kaum bewegen lassen, stille zu sein. Auf der anderen Seite ist im Unterelsaß auf der Liste des Nationalen Blockes der aus Innerfrankreich zugezogene Comte de Leusse an den Schwanz gestommen und durchgefallen. Dagegen sind die ausgesprochenen Bersechter der elsässischen Sonderinteressen gewählt worden.

Die Bestürzung über den Wahlausgang ist im Elsaß groß. Bei der innerspolitischen Haltung der Sieger im Wahlkampse muß man eben damit rechnen, daß jetzt daran gedacht wird, die französische kirchenfeindliche Gesetzgebung auch auf die "besreiten" Provinzen zu übertragen. Damit würde das Elsaß vor schweren politischen Auseinandersetzungen stehen, die sich heute schon in

fehr energischen Pressetundgebungen anfündigen.

Ob diese Befürchtungen Tatsache werden, hängt viel von der Bildung der neuen Regierung ab. Darüber weiß man zur Stunde noch ebenso wenig wie in Deutschland etwas genaues. Auch hier sind die Parteiverhältnisse nicht so klar, daß eine selbstverständliche Mehrheit vorhanden wäre. Es ist aber ebensfalls zu erwarten, daß die Mittelparteien die Regierung übernehmen werden, jedenfalls unter der Führung der siegreichen Kadikalen. Bie weit diese sich aber auf Zuzug von rechts her stühen müssen, ist noch unsicher.

In der Basler "National-Zeitung" hat Herr Ludwig Bauer plötlich sein deutschfreundliches Herz entdeckt und beschwört im Namen aller wahren Freunde Deutschlands in der Schweiz, Osterreich u. s. w. die Deutschen, sich doch als gute Europäer aufzuführen und jett bei der Annahme des Sachverständigens gutachtens ja keine Schwierigkeiten zu machen. Nebenbei bemerkt ist es doch sehr bezeichnend, daß ausgerechnet in der schweizerischen Nationals Zeitung

ein zugelaufener Wiener Jude, der als Refraktär u. s. w. vorteilhaft bekannt ist, sich als Wortführer der Schweiz dem Auslande gegenüber aufspielt! Heil dir Helvetia, hast noch der Söhne ja . . Im übrigen ist der Erguß nur ein Beispiel für die Ermahnungen, die jett von allen Seiten auf Deutschland einströmen.

Es gilt, den Deutschen die Annahme des Planes der Sachverständigen mundgerecht zu machen. Über diesen sind in Deutschland die Meinungen sehr geteilt. Über die Tatsache, daß große Geldopfer gebracht werden muffen, streitet man nicht, sondern nur um das wie. Der Sachverständigenplan sieht fremde Kontrollorgane vor, denen die deutsche Birtschaft auf Gnade und Unanade ausgeliefert mare, vor allem die Reichsbahn. Wie groß die Gefahr ift, tann ein Außenstehender nicht beurteilen. Er tann nur begreifen, daß die Deutschen nicht auf bas Wohlwollen ihrer Gegner abstellen wollen. Dazu fommt nun noch die enge Verkettung der Reparationsfrage mit den politischen Un= gelegenheiten: Freigabe der- Auhr und der Tausende von Gesangenen, Rückserstattung der rheinischen Bahnen und Wiederherstellung der staatlichen Rechte des Reiches im besetzten Gebiete. Man erinnere sich doch auch daran, wie oft schon die Deutschen ein fertiges Projekt zur Unterzeichnung vorgelegt erhielten. Sie wurden jeweilen mit allen möglichen Drohungen gezwungen, es zu unterzeichnen. Und regelmäßig stellte sich nach einiger Zeit die Unmöglichkeit der Durchführung heraus, was dann zu allen möglichen Repressalien Anlaß gab. Ahnlich liegt es jett. Einstweisen wird von allen Seiten der stärkste moralische Ahnlich liegt es jett. Einstweilen wird von allen Seiten der stärkste moralische Druck ausgeübt und mit allen möglichen Schrecknissen gedroht. Überall ist man im Ausland in den deutschseindlichen Kreisen plöglich sehr besorgt um das Wohl Deutschlands geworden. Allerdings müßten die freundlichen Katschläge der "Times" und Herrn Ludwig Bauers, wenn es gestattet ist, etwas Großes und etwas — Kleines nebeneinander zu nennen, die Deutschen eigentlich sehr mißetrauisch machen. Die ganze Sachlage fordert von den maßgebenden Faktoren in Deutschland schärsste überlegung und rein sachliche Beurteilung.

Und in dieser Lage hat Deutschland überhaupt keine handlungsfähige Regierung und wird vielleicht auch nicht so bald eine haben. Das komplizierte Problem wird so zur Streitsache im Parteikamps. Der Plan der Sachversständigen wird von den einen unbesehen gelobt, von den andern in Grund und Boden verdammt. Beides ist nicht gerade empfehlenswert.

Boden verdammt. Beides ist nicht gerade empsehlenswert.

Und nun kommt dazu ferner noch der Regierungswechsel in Frankreich. Alles wird dadurch einstweilen noch unsicherer. Allgemein erwartet man eine Anderung der frangösischen Augenpolitik. Gine solche wird auch sicher eintreten, es fragt sich nur, ob nur in der außern Form oder wirklich in ihrem Aufbau. Ich halte das letztere einstweilen für unmöglich. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß die tägliche Herausforderung Deutschlands durch immer erneute Duälereien eine gewisse Milderung ersahren wird. Gelegenheit zur Wiedergutmachung der empörendsten Miggriffe und Schandtaten ist im besetzten Deutsch= land genug vorhanden. Im übrigen aber sind die Grundzüge der französischen Politik auch den Leuten von der burgerlichen Linken in Fleisch und Blut übergegangen. Man denke nur an Briand! So wird die Politik gegenüber Deutsch= land und überhaupt auf dem europäischen Kontinent feine grundlegende Underung erfahren. Das Ideal der frangösischen Bormachtstellung auf dem Konti= nent wird bleiben, nur wird es in andern Formen vertreten werden. Man darf sich aber dadurch nicht täuschen lassen.

So sieht man denn einstweilen noch nicht, wie das Reparationsproblem gelöst werden soll und wie überhaupt das deutsch-französische Berhältnis einiger=

maßen erträglich gemacht werden fann.

Dabei darf man eines nicht vergessen: Das Problem der Reparationen und des Berhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich ist nicht die einzige Frage, die den Frieden des europäischen Festlandes bedroht. Sie ist die gegen-wärtig wichtigste, aber boch nur eine unter vielen. Seit den unglüchseligen Friedensschlüssen von Paris haben wir eine berartig ungerechte und unhaltbare Berteilung des europäischen Bodens, daß allüberall schwerste Konflikte bestehen. Fast alle Bölker sind auf verschiedene Staaten aufgeteilt worden. Fast jeder Staat hat innerhalb seiner Grenzen mehr oder weniger zahlreiche, mehr oder weniger geschlossen wohnende Angehörige eines oder mehrerer fremder Völker. Nur die Phrenäenhalbinsel, Schweden, Norwegen und Holland sind reine Naztionalstaaten. Alle übrigen dagegen haben fremdvölkische Minderheiten, die sie mehr oder weniger gut behandeln und die ihnen mehr oder weniger zu schaffen machen. Auch England kennt die Minder heiten frage in Ulster.

Einzelne Staaten sind außerordentlich bunt zusammengesetzt und zwar gerade die neu entstandenen. Die Tschechoslowakei hat deutsche, ungarische, polnische Minderheiten, die fast so zahlreich sind wie das Staatsvolk. Polen zählt weit über einen Drittel Fremdvölkische in seinen Grenzen, Rumänien mehr als einen Viertel, Südslawien etwas weniger. Auch die andern Staaten des neuen Balkans haben alle beträchtliche Minderheiten. Und selbst die großen Nationalstaaten der Deutschen, Franzosen und Italioner haben an ihren Grenzensremde Bolksteile. Weitaus am meisten Frankreich mit etwa 5 v. H. seiner Gesamtbevölkerung, Deutsche und Flamen. Am wenigsten Deutschland mit etwas über 1 v. H. Aber überall hat ein Bolk das Auder sest in den Händen und läßt dies seine Minderheiten sühlen. Je stärker die Mischung der Bevölkerung ist, desto unumschränkter regiert das Staatsvolk (Tschechoslowakei und Polen). Fast überall haben die Minderheiten um die Erhaltung ihrer Sprache und Artschwer zu kämpsen. Fast überall versucht man sie politisch, kulturell, wirtschaftslich zu bedrängen. Und sast überall entsteht dadurch ewige Unruhe, bitterer Habe dauernde Orohung sür die Zukunst.

Bon allen Bölkern ist heute das Ungarische am meisten zerstückelt. Fast die Halte ist an Rumänien, Südslawien und die Tschechei gefallen und wird dort außerordentlich bedrückt. Fast ebenso schlam ist es den Deutschen ers

Von allen Bölkern ist heute das Ungarische am meisten zerstückelt. Fast die Hälfte ist an Rumänien, Südslawien und die Tschechei gefallen und wirddort außerordentlich bedrückt. Fast ebenso schlimm ist es den Deutschen ersgangen. Abgesehen von Deutschland, Osterreich und der Schweiz ist heute dasgeschlossene deutsche Sprachgebiet Mitteleuropas auf 11 Staaten aufgeteilt! In 7 europäischen Staaten gibt es mehr als eine halbe Million Deutscher. Und auch sie haben sast überall sehr schwer um ihre Existenz zu ringen. Millionen von Ukrainern sind an Polen und Rumänien gefallen und werden dort wie das Bieh behandelt. Und so könnte man noch Seiten lang aufzählen.

das Bieh behandelt. Und so könnte man noch Seiten lang aufzählen.
Das Problem der fremdvölkischen Minderheiten ist so für Europa zu einer der brennendsten Fragen geworden. Es beherrscht die gesamte Politik, die innere wie die äußere, Mittels und Osteuropas. Es macht aber auch vor dem Westen nicht Halt. Frgend einmal wird die Landkarte wieder etwas versnünftiger eingerichtet werden müssen. Für heute aber handelt es sich darum, diesen Minderheiten eine erträgliche Lage, eine Existenzmöglichkeit zu verschaffen. Sie müssen eigene Schulen und Kirchen haben dürsen, in der Offentlichkeit und vor den Behörden die eigene Sprache verwenden können, Vereine, Zeistungen gründen dürsen und müssen in politischen, wirtschaftlichen und kultusrellen Angelegenheiten gleichberechtigt sein mit dem Staatsvolk.
Dieser Schut der Minderheiten beschäftigt bereits seit längerer Zeit den

Dieser Schutz der Minderheiten beschäftigt bereits seit längerer Zeit den Bölkerbund. Er ist dort wohl aufgehoben. Denn geschehen ist noch so gut wie nichts. Im Gegenteil, vielsach ist nur eine unwürdige Komödie aufgeführt worden. Es wird aber bald irgend etwas geschehen müssen. — Wir werden aufs die Frage noch aussührlicher zurücksommen.

Marau, ben 22. Mai 1924.

Settor Ammann...